

## **Bäuerliche Milchviehhaltung entschlossen stärken Resolution**

Fraktionsbeschluss, 11. September 2008

Das Produkt Milch verbinden Verbraucherinnen und Verbraucher wie kaum ein anderes Lebensmittel mit bäuerlicher Landwirtschaft, artgerechter Tierhaltung und Qualitätsproduktion. Der Streik der Milchbauern in ganz Deutschland hat aber deutlich gemacht, dass es ohne neue politische Rahmenbedingungen für eine solche Produktion und die überwiegende Mehrzahl der Betriebe keine Zukunftsperspektive mehr gibt. Erstmals haben sich Bauern des wichtigsten Produktionsbereichs in der Landwirtschaft gegen eine Entwicklung in die Massenproduktion und Weltmarktorientierung zu Lasten der Umwelt, der Qualität, der Arbeitskräfte und der Märkte in den Entwicklungsländern ausgesprochen. Damit sind sie gegen den eigenen deutschen Bauernverband auf die Straße gegangen, der wie CDU/CSU, FDP und SPD im Bundestag auf Masse und Neoliberalisierung setzt. Die Bauern fordern Marktorientierung und entsprechende Mengenanpassungsmöglichkeiten und sind bereit, als Unternehmen Mitverantwortung zu übernehmen.

Ein großer Teil unserer Milch wird in riesigen, hoch mechanisierten Anlagen mit großer Effizienz erzeugt. Die bäuerliche Milchviehhaltung dagegen steht mit dem Rücken zur Wand. Seit Jahren wirtschaften die meisten Betriebe zu Erzeugerpreisen, die ihre Kosten nur unzureichend decken. Wegen der ruinösen Preise müssen allein in Bayern Jahr für Jahr 2.500 Milchbauern ihren Hof aufgeben.

Verantwortlich dafür sind die europäische Mengenpolitik, die politisch gezielt für eine ständige Überproduktion gesorgt hat, sowie die oligopolen Strukturen im Lebensmittelhandel, die ihre Marktmacht ohne Rücksicht auf die Landwirte zur Senkung der Milchpreise missbraucht haben. Die niedrigen Erzeugerpreise befördern die Entstehung einer klimaschädlichen industriellen Milchviehhaltung auf Basis von überzüchteten Hochleistungstieren und Import von Futtermitteln, u.a. von gentechnisch verändertem Soja und forcieren damit die Konkurrenz zu dringend benötigter Nahrungsmittelproduktion. Weiter kann sich die Realität kaum von den Verbraucherwünschen entfernen. Landschaftserhalt in den Grünlandregionen und dessen sinnvolle Nutzung durch Milchviehhaltung wird dadurch gefährdet.

Die auf der EU-Ebene von der Bundesregierung vorangetriebene ersatzlose Auflösung der Mengenregulierung und die weitere Deregulierung des Milchmarktes hat eine exportorientierte Milchwirtschaft im Blick. Dies wird den Strukturwandel weiter anheizen und das endgültige Aus für viele Milchbetriebe in den Mittelgebirgs-, Berg- und Küstenregionen bedeuten. Trotzdem tragen die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD im Bundestag diese europäischen Pläne mit.

Bündnis 90/Die Grünen wollen eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und umweltgerechte Milcherzeugung bei fairen Verbraucherpreisen, die ohne Übermengen-Erzeugung und weltweite Marktverzerrung auskommt. Nur eine solche Milcherzeugung kann das Auskommen der bäuerlichen Betriebe sichern, landschaftsgestalterische Funktionen in den Mittelgebirgs- und Bergregionen übernehmen und einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der ländlichen Regionen leisten. Darum unterstützen wir die Forderungen der Milchbauern und des Bund Deutscher Milchviehhalter (BDM e. V.) nach fairen Milchpreisen.

Obwohl Bundesminister Horst Seehofer angesichts der bayerischen Landtagswahl den Milchbauern medienwirksam seine Unterstützung zugesagt hat, verfolgt er keine konsistente Milchpolitik im Interesse der Branche. Herumtaktieren, schwammige Zusagen, Vertagen von Entscheidungen und klaren Positionierungen sowie das Abschieben der Verantwortung wahlweise auf die EU-Kommission, die Vorgängerregierung oder den Bundesrat reichen als Antwort auf die Fragen nach der Zukunft des wichtigsten Einkommensbereiches der deutschen Landwirtschaft bei weitem nicht aus. Aber mehr hat der Bundeslandwirtschaftsminister bisher nicht zu bieten. Und trotz der Dringlichkeit ist die Entscheidung über alle konkret vorgeschlagenen Maßnahmen, die zu einer schnellen Marktentlastung und Beseitigung der Probleme durch die aktuelle Quotenaufstockung führen würden, im Bundesrat trotz früherer Alternativtermine auf den 20. Oktober 2008, also weit nach der bayerischen Landtagswahl, vertagt worden.

Der Milchfonds, den Seehofer den Landwirten zur Flankierung des Quotenausstiegs versprochen hat, hilft vor allen den Molkereien und ist zudem ein ungedeckter Scheck. Denn die EU-Kommission, die nach Seehofers Plänen den Fonds bezahlen soll, stellt immer wieder klar, dass sie dafür keinen finanziellen Spielraum sieht. Eine nationale Umverteilung der Direktbeihilfen zugunsten der Milchbauern verweigert Seehofer jedoch, weil er den Konflikt mit anderen Produktionszweigen fürchtet. Dabei ist angesichts steigender Preise für Marktfrüchte der Spielraum für eine Umverteilung größer geworden und der Ruf nach neuen Steuergeldern für die Agrarpolitik vollkommen ungerechtfertigt.

Als Allheilmittel für die Krise am Milchmarkt fordern der Bundeslandwirtschaftsminister, die Regierungskoalition im Bundestag und der Deutsche Bauernverband, die Marktmacht der Molkereien zu verbessern. Eine solche Oligopolisierung im Molkereibereich schadet aber mehr, als dass es BäuerInnen und VerbraucherInnen nützt. Die großen Molkereien haben auch bisher nicht auf deren Seite gestanden, sondern waren nur bemüht, die eigenen Profite zu sichern.

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung und Bundeslandwirtschaftsminister Seehofer auf, endlich eine stringente Milchpolitik zu verfolgen, mit der eine nachhaltige Qualitätsmilch-Erzeugung zu fairen Erzeuger- und Verbraucherpreisen dauerhaft etabliert werden kann. Dazu haben wir im Juli 2008 den Antrag „Rahmenbedingungen für Milchmarkt verbessern - Faire Erzeugerpreise für Milch unterstützen“ (Drs. Nr. 16/9601) in den Bundestag eingebracht.

Wir fordern die zügige Umsetzung folgender Maßnahmen:

Die Bundesregierung muss auf europäischer Ebene eine Milchpolitik einfordern, die verbraucher- und marktorientiert ist und gute Umwelt- und Qualitätsstandards gewährleistet.

Gemeinsam mit den Milcherzeugern und der Molkereiwirtschaft muss die Bundesregierung ein flexibles und am Markt orientiertes Milchmengensteuerungssystem entwickeln, das kostendeckende Preise für die Landwirte ermöglicht. Die Bundesregierung muss sich auf nationaler und europäischer Ebene für die Einführung dieses Systems einsetzen.

Die Bundesregierung sollte die bäuerlichen Milchviehhalter bei der Entwicklung von Qualitätsmarken für Milchprodukte unterstützen. Diese in Bauernhand angesiedelten Marken sollte für artgerechte

Tierhaltung, Gentechnikfreiheit („ohne Gentechnik“) und faire Preise stehen, und damit die Verbraucherwünsche an Milchprodukte erfüllen. Die Bundesregierung sollte ein „Bundesprogramm faire Milch“ auflegen, mit dem sie die Entwicklung der Qualitätskriterien sowie der Vermarktung der Marken fördert und die Milchbauern bei der Umsetzung der Lieferbedingungen unterstützt.

Der von Minister Seehofer vorgeschlagene Milchfonds ist nicht mehr als ein Placebo, das vor allem den Molkereien für den Strukturwandel dient. Vielmehr müssen Bund und Länder gemeinsam ein verlässliches Konzept zur Unterstützung klimafreundlicher, umweltgerechter und qualitätsorientierter Milch vorlegen.

Bund und Länder müssen alle nationalen Möglichkeiten nutzen, um die Milchmenge am Markt schnell zu reduzieren und damit die Milchpreise zu stabilisieren. Dazu gehören die Einbehaltung der aktuellen Milchquotenerhöhung in der nationalen Reserve, das Aussetzen der Molkerei- und Bundes-Saldierung sowie die Anhebung des Milch-Umrechnungsfaktors.